



Susanne Schneider

Sprecherin für Gesundheit,
Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung und Emanzipation

Rede am 3. September 2015 anlässlich des Antrags der Fraktion der CDU „Sexuelle Gewalt an Frauen und Männern mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung konsequent bekämpfen!“

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist von meinen Vorrednerinnen und Vorredner schon viel Richtiges, Wichtiges und Wahres zum Debattenthema gesagt worden. Umso trauriger ist es, dass sich die Fraktionen von SPD und Grünen nicht dazu durchringen konnten, diesen Antrag mitzutragen.

Im gesamten Beratungsverlauf gab es immer wieder Möglichkeiten, sich an einen Tisch zu setzen, um dieses Thema mit der gebotenen Sorgfalt und ohne Hektik aufzuarbeiten sowie eine gemeinsame Linie bestenfalls in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu finden. Ich bedauere sehr, dass dies letztendlich nicht gelungen ist.

Nach diesen Redebeiträgen rechne ich aber auch damit, dass es vielleicht damit zusammenhängt, dass es ein Oppositionsantrag war, und nach den Ankündigungen hier habe ich das Gefühl, dass wir in Kürze mit Copy-and-paste rechnen können und wir im Ausschuss etwas sehr Ähnliches auf den Tisch bekommen. Es ist aber müßig, umfangreiche Analysen anzustellen, woran die Zusammenarbeit nun tatsächlich gescheitert ist.

Klar war aber durch die Ausschussberatungen, dass mit dem Antrag offenbar ein wunder Punkt getroffen wurde und Rote und Grüne auch keine wirkliche Antwort auf die guten Fragen haben, die der Antrag stellt, und für die im Sinne der Betroffenen Antworten gefunden werden müssen.

Besonders beschämend ist die mehrheitlich ablehnende Haltung vor dem Hintergrund des Prozesses, welcher mittlerweile in sehr viele Politikbereiche ausstrahlt. Es ist richtig, dass wir uns Gedanken machen, wie der Inklusionsprozess vorangebracht werden kann. Alle Fraktionen hier im Landtag bekennen sich zu diesem Ziel. Wenn es aber zum Schwur kommt, scheint der rot-grüne Ansatz: „Wir nehmen alle mit“, nicht viel wert zu sein. Liebe Kollegen von SPD und Grünen, hier hätte ich von Ihnen etwas mehr erwartet.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag zustimmen, weil wir mit der CDU die grundsätzliche Auffassung teilen, dass hinsichtlich der Bekämpfung und Zurückdrängung von sexueller Gewalt an Frauen und Männern mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen noch einiges getan werden muss. Die Antragsteller haben viele einzelne Punkte aufgeschrieben, an denen man ansetzen muss. Es ist richtig, dass die Sensibilisierung innerhalb der Öffentlichkeit für dieses Thema verbessert werden kann. Es ist richtig, dass auch behinderte Menschen, die potenziellen Opfer sexueller Übergriffe, über eine verbesserte Sexualaufklärung und Sexualerziehung auf die Gefahren hinzuweisen und nach Möglichkeit deren individuelles Abwehrverhalten zu trainieren sind.

Es ist richtig, ein enges Netz aus Ärzten, Angehörigen und Betreuungseinrichtungen zu spannen, um Präventions- und Hilfskonzepte rasch zur Verfügung zu stellen. Es wäre darüber hinaus aber auch richtig – das wäre eine sinnvolle Ergänzung des CDU-Antrags gewesen –, übergreifend sicherzustellen, dass sexuelle Vorkommnisse von allen Verantwortlichen, also in den meisten Fällen den Einrichtungsträgern und Leistungsanbietern auf der einen und den Aufsichtsbehörden auf der anderen Seite, zügig und rückhaltlos aufgeklärt werden.

Nur wenn es uns gelingt, aufgetretene Fälle aufzuklären und die Täter zur Verantwortung zu ziehen, werden wir einen nachhaltigen Verbesserungseffekt erzielen. Davon bin ich überzeugt. Aber das ist leider alles „hätte, wäre, wenn“, da der Antrag wohl keine Mehrheit finden wird, auch wenn es die vielen Opfer verdient hätten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.